Nachdem Ltd. KVD Liermann kurz auf die wesentlichen Punkte aus der den Ausschussmitgliedern überlassenen Vorlage eingegangen war, beantwortete er die Fragen des Abg. Eichner zum Anstieg der Fallzahlen beim Case-Management, zur Erfassung der Fallzahlen, zu Einsparungsmöglichkeiten und zur Verwendung der Haushaltsmittel aus dem Projekt „Soziale Arbeit im Quartier“ .

Abg. Deussen-Dopstadt erkundigte sich daraufhin, welche Maßnahmen im Rahmen der Pflegeplanung noch ergriffen werden müssten, damit Heimaufenthalte vermieden würden. Insbesondere interessierte sie sich dafür, ob die bestehenden Strukturen hierfür ausreichen - beispielsweise beim Angebot der Tages- und Nachtpflegeplätze – oder, ob Nachbesserungsbedarf bestünde. Auch bat sie mitzuteilen, wie sich die Kooperation mit den Städten und Gemeinden hinsichtlich der Angebotsstruktur und Pflegeplanung darstelle.

Ltd. KVD Liermann erklärte, die örtlichen Versorgungsstrukturen seien noch nicht flächendeckend so, dass jede grundsätzlich möglich erscheinende ambulante Versorgung umgesetzt werden könne; hier bestehe jedenfalls noch Handlungsbedarf. Diesbezügliche Maßnahmen würden in der Pflegeplanung in Form von Handlungsempfehlungen, die an alle Akteure im Bereich Daseinsvorsorge und Pflege gerichtet seien, erarbeitet; wichtige Akteure seien dabei insbesondere die Städte und Gemeinden. Ebenso würden die Erkenntnisse, die das Case-Management z.B. zu regional fehlenden Strukturen liefere, für die Pflegeplanung und die Handlungsempfehlungen genutzt. Im Rahmen der Pflegeplanung würden auch die speziellen Bedürfnisse bzw. regionalen Besonderheiten der Städte und Gemeinden berücksichtigt; denn die Rahmenbedingungen seien vor Ort sehr unterschiedlich. Durch regelmäßigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort und auch durch individuelle Lösungen werde versucht, dem gesetzlich festgelegten Grundsatz „ambulant vor stationär“ möglichst in allen Einzelfällen Rechnung zu tragen.

Abg. Hurnik fragte nach, ob es allgemein gültige Erkenntnisse darüber gebe, wie viele Fälle ein Case-Manager bearbeiten könne. Ltd. KVD Liermann merkte hierzu an, er könne die Frage ad hoc nicht beantworten, weil hierzu keine statistischen Erhebungen vorlägen.

Anmerkung: allgemeingültige Ermittlungen z.B. der KGSt existieren nicht.

Abg. Frohnhöfer bezeichnete die Arbeit der Case Manager rückblickend als Erfolg. Neben den finanziellen Einsparungen habe man es vielen Betroffenen ermöglicht, in ihrem häuslichen Umfeld zu verbleiben. Damit sei das wichtigste Anliegen der Politik umgesetzt worden. Sie wünsche sich daher ein Fortbestehen dieser erfolgreichen Arbeit.

Anmerkung: Aufgrund des großen Interesses am Thema Seniorenplanung/Case-Management werden die Fragen zu diesem Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses unter einem eigenen Tagesordnungspunkt wieder aufgegriffen und detailliert beantwortet.